

BERICHTSVORLAGE

			Vorlage-Nr. M 02/0428	
3 - Dezernat III			Datum: 19.08.2002	
Bearb.	:Herr Bosse	Tel.:	öffentlich	nicht öffentlich
AZ.	:		X	

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr

05.09.2002

Lärmschutz Harckesheyde -Chronologie-

**Lärmschutz Harckesheyde
- Chronologie -**

1993 **Bauleitplanung Harckesheyde**
bis

ca. 1995 Planungsannahmen:
+ 20% allgemeine Verkehrsentwicklung
+ 20% durch speziellen Ausbau Harckesheyde
d.h. Veränderung (größere Breite, Radwege, Parkbuchten ...)

1995 **Lärmtechnische Untersuchung** auf der Basis der Prognosewerte für die Bauleitplanung (Bebauungsplan)

Ergebnis:
- 29 WE haben Anspruch auf passiven Lärmschutz (z.B. Fenster)
- aktiver Lärmschutz (z.B. Lärmschutzwand am Wohnpark "Harckesheyde" B 202)

1997 **Ausbau Harckesheyde** abweichend vom Bebauungsplan;

- keine Änderung der Ausbaubreiten wegen fehlender Flächenverfügbarkeit
- Reparatur - nicht Veränderung der Straßencharakteristik (leider auch keinen Fahrradweg und keine Parkbuchten)
Konsequenz: Lärmschutzmaßnahmen sind nicht erforderlich, da in den strittigen Abschnitten lediglich eine "Instandsetzung" erfolgte (was sich im übrigen auch später entlastend in den Anliegerbeiträgen auswirkte)

1998 **Normenkontrollverfahren** gegen B-Plan - abgewiesen!

1998/99 Stadt bietet 29 Anwohnern die **Kostenerstattung** auf der Grundlage der Untersuchung von 1993 an - ohne eine erkennbare rechtliche Verpflichtung.
25 Anwohner nehmen das Angebot an.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

1 Anwohner betreibt das Verfahren weiter:

Ende 1999 - Antrag auf Festsetzung einer Entschädigung für passive Lärmschutzmaßnahmen beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr

Anfang 2002 Ergebnis:
kein Anspruch lt. BImSchG!

26.06.02 **Nach diesem Bescheid hat die Stadt erneut der Beschwerdeführerin** ein Angebot analog den 25 annehmenden Anwohnern gemacht unter der Voraussetzung, dass weitere Rechtsstreitigkeiten unterbleiben und einer Annahmefrist bis zum 10.07.2002 .

11.07.02 Das Angebot der Stadt wird erwidert mit einer Gegenforderung, die über 50 % höher ist als unser Angebot.

19.07.02 Diese Forderung lehnt die Stadt ab!
(Vermutlich ist die Aussage der Bürgerpartei in der Norderstedter Zeitung vom 10./11. August 2002, dass die Stadt ihr Angebot zurückgezogen hätte, auf eine fehlerhafte Interpretation dieser Ablehnung der erhöhten Forderung zurückzuführen.)

Stand 14.08.02 **Unser Angebot vom 26.06.2002** (Kopie in der Anlage) **halten wir** - trotz der verstrichenen Fristen - **aufrecht** unter der Bedingung, dass der aus städtischer Sicht zu nichts führende Streit, der Kraft und Nerven der betroffenen Anwohner verbraucht und Verwaltungskraft für zukunftsorientierte Themen über Gebühr bindet, beendet wird.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------